Satzung des gemeinnützigen Vereins Kulturinitiative Werratal e.V.

§ 1 Name und Sitz

- (1) Der Verein führt den Namen "Kulturinitiative Werratal e.V." Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach der Eintragung lautet der Name des Vereins "**Kulturinitiative Werratal e.V.**"
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Eschwege.
- (3) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr.

§ 2 Zweck

- (1) Der Zweck des Vereins ist ...
 - (a) die Förderung und Schaffung einer modernen Kulturszene im Werratal und im Werra- Meißner- Kreis
 - (b) die Durchführung von Veranstaltungen in den Bereichen Kunst, Kultur & Natur
 - (c) die Begleitung und Vermittlung von kulturellen Veranstaltungen
 - (d) die Förderung des Erwerbs von Kulturgegenständen zur Steigerung der Attraktivität des Werratal
 - (e) die Information über Kultur und Natur im Werratal
- (2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (3) Der Satzungszweck wird insbesondere durch Zusammenkünfte, Informationen, kulturelle Veranstaltungen, Unterstützung kultureller Veranstaltungen, Seminare und Tagungen und durch die Weitergabe von aktuellem vereinszweckbezogenem und allgemeinem Wissen an die Mitglieder verwirklicht.

§ 3 Mittelverwendung

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

- (3) Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Vereinsmitglieder können natürliche volljährige Personen sein und juristische Personen oder Körperschaften des Öffentlichen Rechts, ausnahmsweise auch nicht rechtsfähige Vereinigungen. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder.
- (2) Über einen schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Bei Ablehnung des Aufnahmeantrags ist der Vorstand nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen.
- (3) Besonders verdienstvolle Mitglieder des Vereins, sowie Informanten oder Förderer außerhalb des Vereins, die sich im Sinn der Ziele des Vereins besonders ausgezeichnet haben, können von der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet mit dem Tod des Mitgliedes, durch freiwilligen Austritt, Ausschluss aus dem Verein oder Verlust der Rechtsfähigkeit der juristischen Person.
- (2) Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem vertretungsberechtigten Vorstandsmitglied. Er ist nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten zum Jahresende zulässig.
- (3) Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen in grober Weise verstoßen hat, durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Fristsetzung Gelegenheit zu geben, sich hierzu zu äußern. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem auszuschließenden Mitglied durch eingeschriebenen Brief bekannt zu machen. Gegen den Ausschließungsbeschluss des Vorstandes steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung muss innerhalb von einem Monat ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand schriftlich eingelegt werden. Bei rechtzeitiger Berufung hat der Vorstand innerhalb von zwei Monaten die Mitgliederversammlung zur Entscheidung darüber einzuberufen. Geschieht dies nicht, gilt der Ausschließungsbeschluss als nicht erlassen. Wird Berufung nicht oder nicht rechtzeitig eingelegt, gilt dies als Unterwerfung unter dem Ausschließungsbeschluss, so dass die Mitgliedschaft als beendet gilt.

(4) Das Mitglied kann zudem auf Vorstandsbeschluss ausgeschlossen werden, wenn es trotz zweimaliger Absendung einer Mahnung (auf den Nachweis des Zugangs soll es nicht ankommen) mit der Zahlung des Jahres- Mitgliedsbeitrags in Verzug ist. Der Ausschluss ist dem Mitglied durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen.

(5) Ehrenmitglieder können von der Mitgliederversammlung ausgeschlossen werden, wenn Sie entgegen den Handlungen auftreten, die zu Ihrer Ernennung als Ehrenmitglied führte.

§ 6 Mitgliedsbeiträge

(1) Die Mitgliederversammlung setzt die Höhe der Mitgliedsbeiträge und eine mögliche Aufnahmegebühr fest. Die einmalige Aufnahmegebühr beträgt vorläufig 8.- Euro, der Jahresbeitrag 12.- Euro. Eine Ermäßigung wird gewährt, indem Familienangehörige von Mitgliedern nur 8.- Euro oder Schüler, Studenten und Arbeitslose nur 10.- Euro Jahresbeitrag bezahlen. Sonstige Ermäßigung wird nicht gewährt. Gründungsmitglieder sind von der Aufnahmegebühr befreit, soweit der Mitgliedsbeitrag in bar bei Gründung entrichtet wird.

(2) Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

§ 7 Organe des Vereins

Vereinsorgane sind

- der Vorstand,
- die Mitgliederversammlung.

§ 8 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus

dem Vorstand 1

dem Vorstand 2

dem Vorstand 3

Zusätzlich können als Vorstandsmitglieder gewählt werden:

der Kassenwart

der Schriftführer

der Pressewart

der Kulturwart

der Naturwart

der Jugend- und Nachwuchswart

(2) Außerdem können Mitglieder vom Vorstand zu Vorstandsassistenten bestimmt werden. In solchen Fällen werden einzelnen Vereinsmitgliedern bestimmte Aufgabenbereiche zur Erledigung übertragen. Die Aufgabenbereiche werden von der Mitgliederversammlung festgelegt, die einzelnen Aufgaben werden Mitgliedern auf deren Anregung hin vom Vorstand schriftlich übertragen. Es könnte sich beispielsweise handeln um: Mitgliederwerbung, Mitgliederbetreuung, Veranstaltungsdurchführung oder -service, Veranstaltungswerbung, Künstlerbetreuung, Veranstaltungsorganisation und -planung, Künstlerauswahl, Vertragsgestaltung, etc. Eine Aufwandsentschädigung erhalten die Vorstandsassistenten nur, wenn das schriftlich vereinbart wurde.

Die Vorstandsassistenten haben beratende Funktion und werden zu Vorstandssitzungen eingeladen, haben aber kein Stimmrecht im Vorstand. Der Vorstand unterstützt die Arbeit der Vorstandsassistenten durch Ratschläge und Informationen. Der Abschluss von Verträgen bleibt dem Vorstand vorbehalten, der damit auch die finanzielle Verantwortung für jegliche Art von Veranstaltungen oder Ausgaben behält.

(3) Die drei Vorstandsmitglieder führen den Verein gleichberechtigt. Sie wählen unter sich einen Vorstandssprecher, der den Verein nach außen repräsentiert. Stellvertreter sind die beiden restlichen Vorstandsmitglieder 1 – 3 je einzeln.

(4) Grundsätzlich ist von einer Ämterhäufung auf eine Person abzusehen. Die Aufgaben des Kassenwarts, des Schriftführers dürfen aber bei dem Fehlen von geeigneten Personen oder Bereitwilligen auch von einem Vorstand übernommen werden. Darüber hinaus können die Aufgaben des Pressewartes bei dem Fehlen von geeigneten Personen oder Bereitwilligen auch vom Vorstand erfüllt werden. Die Aufgaben des Vorstandssprechers und des Kassenwartes dürfen aber nicht von der gleichen Person übernommen werden.

(5) Der Verein wird jeweils durch zwei der Vorstandsmitglieder 1 – 3 vertreten.

Die Vorstandsmitglieder können die Vertretung einem Vorstandsmitglied 1. – 3. allein übertragen oder ein sonstiges Mitglied des Vorstands mit bestimmten Aufgaben betrauen, zu deren Erledigung auch eine Vertretung des Vereins stattfindet. Beides hat ausschließlich per Vollmacht schriftlich zu erfolgen.

§ 9 Aufgaben und Zuständigkeit des Vorstandes

(1) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht einem anderen Organ durch Satzung zugewiesen sind. Zu seinen Aufgaben zählen insbesondere die Wahrung der Vereinsinteressen in der Öffentlichkeit und gegenüber Dritten und bei Veranstaltungen, außerdem die

- Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung,

- Einberufung der Mitgliederversammlung,

- Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,

- Vorbereitung eines etwaigen Haushaltsplanes, Buchführung, Erstellung des Jahresberichts, Vorlage der Jahresplanung,

- Beschlussfassung über Aufnahmeanträge, Ausschlüsse von Mitgliedern.

(2) Die Vorstandsmitglieder entscheiden in Vorstandssitzungen mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder.

§ 10 Wahl des Vorstandes

(1) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt.

(2) Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder des Vereins werden.

(3) Die Mitglieder des Vorstandes werden für die Zeit von 4 Jahren gewählt. Nur der erste Vorstand wird lediglich für die Dauer eines Jahres gewählt. Der Vorstand bleibt darüber hinaus bis zu einer Neuwahl im Amt. Bei vorzeitigem Rücktritt eines Vorstandsmitgliedes ist unverzüglich eine Neuwahl des Vorstandes auf der nächsten Mitgliederversammlung durchzuführen.

(4) Mit Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt als Vorstand.

(5) Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt auf Vorschlag eines Mitgliedes, der vor Einberufung oder in der Mitgliederversammlung gemacht werden kann. Gewählt ist, wer mehr als 50% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Ungültige Stimmen oder Enthaltungen werden als nicht abgegebene Stimme gewertet. Auf Antrag kann auch in geheimer Wahl abgestimmt werden.

§ 11 Vorstandssitzungen

(1) Der Vorstand beschließt in Sitzungen, die vom Vorstandssprecher, ersatzweise einem anderen Vorstandsmitglied, einberufen werden. Die Vorlage einer Tagesordnung ist nicht zwingend notwendig.

(2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als 50% seiner Mitglieder anwesend sind. Der Vorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit.

(3) Notwendige Eilentscheidungen dürfen vom Vorstandssprecher alleinverantwortlich getroffen werden. Allerdings muss er dafür umgehend nachträglich die Billigung des Vorstandes einholen.

§ 12 Mitgliederversammlung

(1) In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied - auch ein Ehrenmitglied - eine Stimme. Die Übertragung der Ausübung des Stimmrechts auf andere Mitglieder oder Dritte ist unzulässig, soweit dies nicht schriftlich geschieht und von einer Person mehr als zwei andere Mitglieder vertreten werden. Der Vorstand kann eine beglaubigte Vollmacht verlangen, die auch binnen einer Woche nach der Mitgliederversammlung nachgereicht werden kann.

(2) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstandssprecher geleitet und ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. Wahl, Abberufung und Entlastung des Vorstandes, Wahl von 2 Kassenprüfern

2. Beschlussfassung über Änderungen der Satzung und über die Vereinsauflösung,

3. Ernennung von Ehrenmitgliedern,

4. weitere Aufgaben, soweit dies aus der Satzung oder nach Gesetz sich ergibt.

(3) Mindestens einmal im Jahr soll eine ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung durch schriftliche Einladung einberufen.

(4) Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich fordert. Die Ergänzung ist zu Beginn der Versammlung bekannt zu machen.

(5) Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind auf Antrag der Mitglieder einzuberufen, wenn 1/3 der Vereinsmitglieder die Einberufung schriftlich unter Angabe der Gründe verlangen oder wenn es das Vereinsinteresse erforderlich macht.

(6) Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde. Sobald weniger als 50 % Mitglieder anwesend sind, kann mit Mehrheit der Anwesenden der Versammlungstermin beendet werden. In der Einladung zum neuen Termin der Mitgliederversammlung ist darauf hinzuweisen, dass bereits ein Termin mangels Teilnahme vorzeitig beendet werden musste. Die zweite Mitgliederversammlung kann zeitlich unmittelbar darauf

unter Einhaltung der in §12 (3) genannten Frist einberufen werden; sie ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

(7) Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit mehr als 50% der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht anders in der Satzung festgelegt ist. Ungültige Stimmen oder Enthaltungen werden als nicht abgegebene Stimme gewertet. Auf Antrag kann auch in geheimer Wahl abgestimmt werden. Satzungsänderungen oder die Abwahl des Vorstandes bedürfen einer 2/3 Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

§ 13 Protokollierung

Über den Verlauf der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, das von dem Versammlungsleiter und dem Schriftführer (Protokollführer) zu unterzeichnen ist. Der Protokollführer wird vom Leiter der Versammlung aus dem Kreise der Anwesenden bestimmt, wenn der gewählte Schriftführer nicht anwesend ist.

§ 14 Auflösung des Vereins

(1) Die Auflösung des Vereins kann nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit der stimmberechtigten anwesenden Mitglieder herbeigeführt werden.

(2) Im Falle der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke ist das restliche Vermögen an einen anderen Kulturverein in Eschwege zu übertragen. Nur wenn das nicht möglich ist, ist es zu anderen steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden.

Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 15 Änderungen und Zusätze

Der Vorstandssprecher ist ermächtigt, etwaige vom Registergericht oder Finanzamt verlangte Änderungen oder Zusätze der Satzung zu veranlassen. Hierüber sind die Mitglieder zu unterrichten.

Vorstehende Satzung wurde am 10.12.2006 in Eschwege von der Gründungsversammlung beschlossen.

Die Satzung enthält Änderungen, die am 28.1.2007 auf Veranlassung des Registergerichts als Klarstellung eingefügt wurden.